

# Deutschland gut im Rennen

**Standortvergleich.** Dass die deutsche Wirtschaft den internationalen Konjunkturstürmen der vergangenen Jahre so gut getrotzt hat, ist kein Zufall: Deutschland hat eine starke Industrie, die wiederum von den hierzulande überdurchschnittlich günstigen Rahmenbedingungen profitiert. Den Beleg für diese hohe industrielle Standortqualität liefert eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. 

Die Euro-Schuldenkrise hinterlässt inzwischen auch in Deutschland deutliche Spuren. Dennoch sieht es so aus, als ob die hiesige Konjunktur relativ robust bleibt (vgl. iwd 38/2012). Das ist nicht zuletzt auf die starke, exportorientierte Industrie zurückzuführen, die hierzulande unter relativ vorteilhaften Bedingungen produzieren und handeln kann. Dies geht aus einer Analyse hervor, in deren Rahmen das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Frühjahr 2012 mehr als 2.200 Unternehmen befragt hat (Kasten Seite 2).

Die Ergebnisse dieser Umfrage machen zunächst deutlich, dass für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes zum Teil ganz andere Standortfaktoren relevant sind als für die mit ihnen zusammenarbeitenden Dienst-

leister – also zum Beispiel Firmen aus der Logistikbranche, dem Bausektor oder der Unternehmensberatung (Grafik Seite 2):

**So sind beispielsweise gute Außenhandelsbedingungen – unter anderem niedrige Zölle und wenige Handelshemmnisse – für Industrieunternehmen wesentlich entscheidender als für Servicefirmen.**

Auch kommt es für Industriebetriebe deutlich stärker darauf an, dass die Wertschöpfungskette „tief“ genug ist, sprich: dass zum Beispiel genügend leistungsfähige Zulieferer verfügbar sind.

Generell ist in der Industrie eine ausreichende und stabile Versorgung mit Strom, sonstiger Energie und Rohstoffen vorrangig – fast alle Unternehmen stufen diese Faktoren als nahezu unverzichtbar ein. In →

## Industriestandorte: Deutschland auf Rang 5

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat einen Index entwickelt, um die industrielle Standortqualität in 45 Ländern zu messen. Insgesamt 58 Einzelindikatoren – unter anderem aus den Bereichen Arbeitsbeziehungen, Humankapital, Infrastruktur und Innovationen – wurden gemessen, gewichtet und zu einem Gesamtindex zusammengefasst.

■ Rang 2010 ■ Rang 1995  
■ Indexwert, Durchschnitt aller Länder = 100

1	1	USA	136
2	4	Schweden	132
3	5	Dänemark	131
4	7	Schweiz	129
5	14	Deutschland	128
6	10	Australien	128
7	2	Niederlande	127
8	3	Kanada	127
9	8	Norwegen	126
10	12	Japan	126
11	13	Finnland	122
12	15	Österreich	122
13	6	Vereinigtes Königreich	121
14	9	Irland	120
15	11	Neuseeland	118

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 43

## Inhalt

**Vermögenssteuer.** Wenn diese Steuer wieder eingeführt würde, wären vor allem die Unternehmen die Leidtragenden. Denn ihre Steuerlast stiege dramatisch an.  
Seite 3

**USA.** Wer der nächste US-Präsident wird, dürfte vor allem von der Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Wähler abhängen. Probleme gibt es etwa am Arbeitsmarkt und bei den Staatsfinanzen.  
Seite 4-5

**Biotechnologie.** Während der Staat die Grundlagenforschung kräftig fördert, entzieht er der anwendungsorientierten Industrie durch restriktive Vorgaben den Nährboden.  
Seite 6-7

**Außenhandel.** Die Entwicklung der Aufträge, die die deutsche Industrie aus dem Ausland erhält, ist derzeit lediglich stabil. Damit ist vorläufig kein neuer Exportschub zu erwarten.  
Seite 8

**Präsident:**  
Dr. Eckart John von Freyend  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ etwa ebenso bedeutsam ist der generelle Ordnungsrahmen – also eine hohe Rechtssicherheit, marktwirtschaftliche Grundregeln, wenig Korruption und faire Wettbewerbsbedingungen. Darüber hinaus haben auch die Verfügbarkeit von Fachkräften, eine gute Straßenverkehrs-Infrastruktur sowie flexible Arbeitszeiten für die Industrieunternehmen eine hohe Priorität.

Die deutschen Unternehmen wissen aber nicht nur genau, welche Standortbedingungen sie benötigen, sie finden den erforderlichen Rahmen hierzulande auch meistens vor. Jedenfalls sieht der vom IW Köln erstellte Index den Industriestandort Deutschland international ziemlich weit vorn (Grafik Seite 1):

**Im Ranking der industriellen Standortqualität belegt Deutschland unter 45 Ländern derzeit den fünften Platz – seit 1995 hat sich der Standort D damit um neun Ränge verbessert.**

Zwar kann die Bundesrepublik mit dem Spitzenreiter USA noch nicht ganz mithalten – die Vereinigten Staaten punkten z.B. mit einer geringen Regulierungsdichte, einem riesigen Markt, wenig Bürokratie und niedrigen Produktionskosten.

Dennoch liegt die deutsche Standortqualität deutlich über dem internationalen Durchschnitt. Dies wird auch durch die Einschätzung der hiesigen Industrieunternehmen bestätigt. Sie geben vor allem der ausreichenden und stabilen Energie- und Rohstoffversorgung gute bis sehr gute Noten, ebenso der Rechtssicherheit und der marktwirtschaftlichen Ordnung. Weitere Pluspunkte sind unter anderem die Nähe zum Kunden, die starke Wissensinfrastruktur, der gut ausgebaute Luftverkehr und die leistungsfähigen Zulieferer.

Schlechte Bewertungen erhält der heimische Standort dagegen in erster

Linie für die Kostensituation. Vor allem mit den vergleichsweise hohen Strom- und sonstigen Energiekosten sind viele Industriebetriebe unzufrieden – hier bekommt Deutschland im Schnitt lediglich die Note vier. Aber auch die finanzielle Belastung durch Steuern und die mit der Einhaltung von Umweltstandards verbundenen Kosten schlagen negativ zu Buche. Darüber hinaus zählen etwa der zu geringe Arbeitskräftenachwuchs sowie aufwendige Zulassungs- und Genehmigungsverfahren zu den Schwachpunkten in Sachen industrielle Standortqualität.

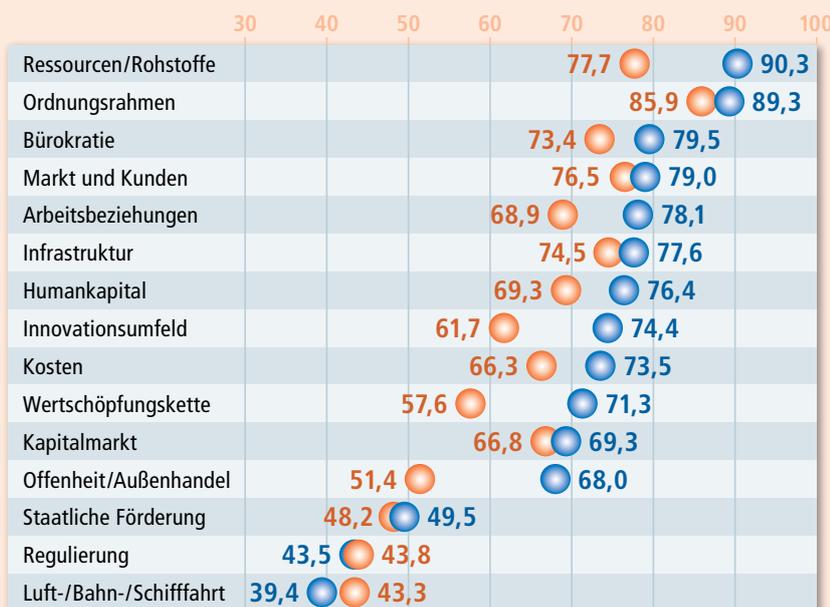


### Studie

Die Messung der industriellen Standortqualität in Deutschland – Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln in Zusammenarbeit mit der IW Consult GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie  
[www.iwkoeln.de/studien/gutachten](http://www.iwkoeln.de/studien/gutachten)

## Welche Standortfaktoren wichtig sind

Befragungsergebnisse von 2.256 deutschen Unternehmen  
 Durchschnittliche Bewertung der Standortfaktoren: 0 = irrelevant, 100 = absolut unverzichtbar  
 ■ Dienstleister ■ Industrieunternehmen



Unternehmensbefragung im März/April 2012  
 Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

## Die Messung der Standortqualität

Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums hat das IW Köln systematisch untersucht, welche Rahmenbedingungen und Standortfaktoren für Industrieunternehmen relevant sind. Dazu wurden insgesamt 58 aussagekräftige Indikatoren ermittelt. Zuvor hatten die IW-Forscher 2.256 Unternehmen aus der Industrie und den industrienahe Dienstleistungen befragt, um die tatsächliche Bedeutung theoretisch herausgefilterter Faktoren für die industrielle Standortqualität zu analysieren. Die auf dieser Basis gewichteten Indikatoren wurden dann zu einem Index zusammengefasst und die entsprechenden Daten für insgesamt 45 Länder berechnet. Dies ermöglicht einen umfassenden internationalen Vergleich der Standortbedingungen für Industrieunternehmen.

# Steuer kann an die Substanz gehen

**Vermögenssteuer.** Eines der Themen im aufziehenden Bundestagswahlkampf wird die Frage sein, ob man die Vermögenssteuer wieder einführen sollte. Einige Politiker wollen mit ihrer Hilfe die Haushalte der Bundesländer sanieren. Die Leidtragenden wären allerdings die Unternehmen. Ihre Steuerlast stiege durch die Vermögenssteuer dramatisch an.

Insgesamt zehn Bundesländer verfolgen das Ziel, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, und arbeiten derzeit an einer Bundesratsinitiative. Vorgesehen ist eine Steuer von 1 Prozent, die zusätzlich zu Körperschafts-, Gewerbe-, Einkommenssteuer und Solidaritätszuschlag erhoben wird. Unternehmen wären also ebenso steuerpflichtig wie private Vermögensbesitzer. Die Bundesländer versprechen sich von der Wiedereinführung der Vermögenssteuer zusätzliche Einnahmen von bis zu 12 Milliarden Euro.

Die Idee, so die Staatskasse zu füllen, ist nicht neu. Die Vermögenssteuer ist eine der ältesten Steuern. Doch auch früher gab sie Anlass zu Kritik: Wenn sie den Vermögensstamm selbst angreift, führt sie langfristig zur Vernichtung der eigenen Steuerquelle. Die Vermögenssteuer darf daher nur Erträge abschöpfen. Und so war sie bis zur Abschaffung 1996 auch in Deutschland eine sogenannte Sollertragssteuer.

Bei einer solchen Steuer unterstellt der Gesetzgeber, dass der Ertrag des Vermögens stets ausreicht, um die Steuer zu bezahlen. Konjunkturelle Krisen sind da nicht vorgesehen. Und auch die extreme Niedrig-

## Vermögenssteuer: Eine Beispielrechnung

Ein Unternehmen investiert 1.000 Euro bei einem Gewinn von z. B. 100 Euro (10 Prozent). Davon muss das Unternehmen (GmbH oder AG) 31,22 Euro (31,2 Prozent) Ertragssteuern und 1 Prozent Vermögenssteuer zahlen. Die Vermögenssteuer zahlt der Betrieb nur auf das halbe Betriebsvermögen, da das Vermögen bei einer AG oder einer GmbH ansonsten durch Unternehmen und Anteilseigner doppelt versteuert werden würde. Damit liegt die Vermögenssteuer bei 5 Euro. Insgesamt ergibt sich eine steuerliche Belastung auf Unternehmensebene von 36,22 Euro (36,2 Prozent). Dem Anteilseigner werden noch 63,78 Euro ausgeschüttet. Auf diesen Betrag muss der Anteilseigner 16,82 Euro (26,4 Prozent) Abgeltungssteuer zahlen, und auch für ihn wird die Vermögenssteuer von 1 Prozent auf den halben Wert der Unternehmensanteile fällig – das sind ebenfalls 5 Euro. Die Steuerbelastung auf der Privatebene liegt demnach bei 21,82 Euro. Am Ende ergibt sich ein Nettoertrag von 41,96 Euro und eine Steuerlast von 58,04 Euro (58 Prozent).

in Euro	Unternehmen (AG oder GmbH)			
	ohne Vermögenssteuer		mit Vermögenssteuer	
Investitionsbetrag	1.000	1.000	1.000	1.000
Bruttoertrag	100	20	100	20
<b>Betriebliche Belastung</b>				
Ertragssteuern: Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag	31,22	6,24	31,22	6,24
Betriebliche Vermögenssteuer	–	–	5,00	5,00
Steuerbelastung auf Unternehmensebene	31,22	6,24	36,22	11,24
<b>Private Belastung des Anteilseigners</b>				
Ausschüttung an den Anteilseigner	68,78	13,76	63,78	8,76
Abgeltungssteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag)	18,14	3,63	16,82	2,31
Private Vermögenssteuer	–	–	5,00	5,00
Steuerbelastung auf Privatebene (bezogen auf die Ausschüttung)	18,14	3,63	21,82	7,31
<b>Nettoertrag</b>	<b>50,64</b>	<b>10,13</b>	<b>41,96</b>	<b>1,45</b>
<b>Steuerbelastung insgesamt</b>	<b>49,36</b>	<b>9,87</b>	<b>58,04</b>	<b>18,55</b>
Steuerbelastung insgesamt in Prozent	49,4	49,3	58,0	92,8

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 43

zinsphase, die derzeit allen Anlegern zu schaffen macht, passt nicht in dieses Steuerkonzept.

Eine Beispielrechnung zeigt, dass die Steuerlast für AGs und GmbHs bei schwacher Konjunktur und niedrigen Renditen stark steigt (Tabelle):

**Bei einem Vermögenssteuersatz von 1 Prozent und einer Rendite des investierten Kapitals von 2 Prozent müssen Unternehmen und Gesellschafter zusammen auf ausgeschüttete Gewinne fast 93 Prozent Steuern**

**zahlen. Bei Zinssätzen von weniger als 1,7 Prozent sind es sogar mehr als 100 Prozent.**

In solch einem Fall muss die Steuer aus der Substanz bezahlt werden. Doch selbst bei einer – gegenwärtig kaum erzielbaren – Kapitalrendite von 10 Prozent würde der Ertrag noch mit 58 Prozent Steuern belegt. Ohne Vermögenssteuer liegt die gesamte Steuerlast hingegen unabhängig vom Ertragsniveau stets bei rund 49 Prozent.

# USA

Am 6. November 2012 wird in den USA gewählt. Ob der Demokrat Barack Obama noch einmal zum Zug kommt oder ob sein Herausforderer, der Republikaner Mitt Romney, die Wahl gewinnt, hängt entscheidend davon ab, wie die Amerikaner die Frage beantworten, die vor mehr als 30 Jahren der damalige US-Präsident Ronald Reagan stellte: „Are you better off?“ – „Geht es Ihnen heute besser als vor vier Jahren?“. Weil damals viele Wähler diese Frage verneinten, wählten sie Reagan zum neuen Präsidenten. Die Grafiken zeigen, wie die US-Wirtschaft heute, vier Jahre nach der Weltfinanzkrise und vier Jahre nach Obamas Amtsantritt, aufgestellt ist.

## 12 Millionen Menschen haben keinen Job

Arbeitslosenquote in Prozent    Arbeitslose in Millionen

1998	4,5	6,2
1999	4,2	5,9
2000	4,0	5,7
2001	4,8	6,8
2002	5,8	8,4
2003	6,0	8,8
2004	5,5	8,1
2005	5,1	7,6
2006	4,6	7,0
2007	4,6	7,1
2008	5,8	8,9
2009	9,3	14,3
2010	9,6	14,8
2011	8,9	13,7
2012	7,8	12,1
2013	7,6	–

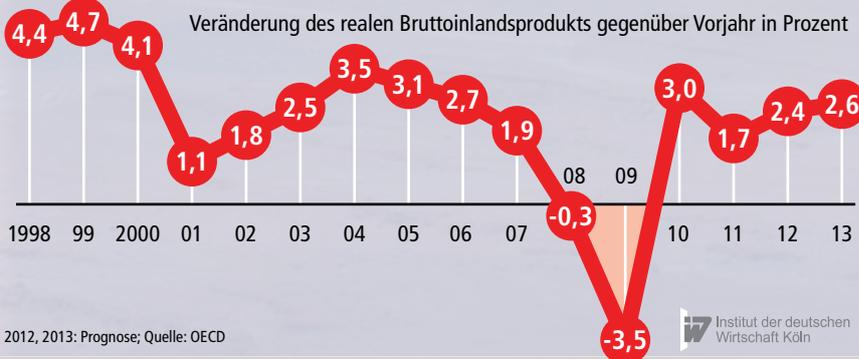
2012: Stand September;  
2013: Prognose  
Quelle: OECD

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 43

Als das Arbeitsministerium in Washington im September meldete, die Arbeitslosenquote sei auf 7,8 Prozent gesunken, konnte Barack Obama aufatmen: Zum ersten Mal innerhalb seiner Amtszeit hatte die Quote die symbolische Marke von 8 Prozent unterschritten. Das ist wichtig, denn seit vielen Jahrzehnten hat noch nie ein US-Präsident eine Wiederwahl gewonnen, wenn mehr als 8 Prozent der Amerikaner keinen Job hatten. Doch der Arbeitsmarkt lässt sich auch anders darstellen: Zwar hat die Gesamtbeschäftigung fast wieder den Wert erreicht, den sie bei Obamas Amtsantritt Anfang 2009 aufwies, doch die Zahl der Arbeitslosen ist im selben Zeitraum deutlich nach oben geklettert. Vor der Krise waren knapp 9 Millionen Amerikaner als arbeitslos registriert, heute sind es mehr als 12 Millionen. Zudem gibt es über 6 Millionen Menschen ohne Arbeit, die nicht mehr aktiv nach einer neuen Stelle suchen und deshalb auch nicht in der Statistik auftauchen.

## So wächst die Wirtschaft



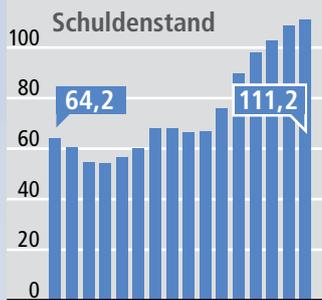
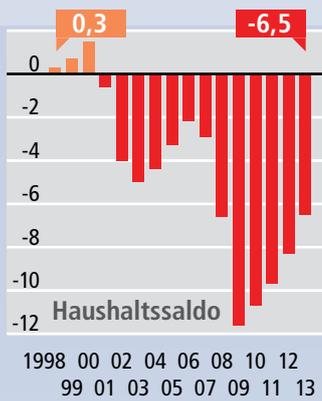
2012, 2013: Prognose; Quelle: OECD

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Die US-amerikanische Volkswirtschaft ist mit einem Bruttoinlandsprodukt von mehr als 15.000 Milliarden Dollar die größte der Welt. Obwohl das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr aller Voraussicht nach um gut 2 Prozent zulegen dürfte, läuft der Konjunkturmotor nicht so rund, wie sich die Amerikaner das wünschen. Zwar boomt der US-Automarkt, doch es werden kaum neue Unternehmen gegründet. Auch die rund 800 Milliarden Dollar, die Obama im Februar 2009 in Konjunkturprogramme zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise steckte, haben nur bedingt gewirkt. So ist die Armut unter der Bevölkerung deutlich größer geworden: Seit Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 ist allein die Zahl der „Food Stamps“-Bezieher, also der Empfänger von Lebensmittelmarken, um mehr als 50 Prozent auf nunmehr annähernd 47 Millionen US-Bürger gestiegen.

## Chronisch klamm

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



2012, 2013: Prognose  
Quelle: OECD

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 43

Seit elf Jahren weist der Bundeshaushalt der USA ein Defizit auf. Derzeit beläuft sich das Minus auf 1.100 Milliarden Dollar. Um Straßen zu bauen, Schulen zu unterhalten oder Arbeitslosengeld zu zahlen, müssen die Vereinigten Staaten Jahr für Jahr neue Kredite aufnehmen. Dies hat den Schuldenberg der USA anschwellen lassen – auf gigantische 16 Billionen Dollar, das ist Weltrekord. Nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers Joseph Stiglitz lässt sich das Staatsdefizit zu einem erheblichen Teil auf die Kriege in Afghanistan und im Irak zurückführen. Für ihn sind die höheren Verteidigungsausgaben und die Steuersenkungen, die der ehemalige Präsident George W. Bush einführte, ein Hauptgrund für Amerikas Schulden.

## Viel Geld für's Militär

Ausgaben in Milliarden Dollar

in Prozent des BIP



2012, 2013: Prognose; Quelle: OECD

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 43

Mit einem Militärbudget von mehr als 711 Milliarden Dollar sind die USA Weltmeister im Waffengeschäft. Auf die Vereinigten Staaten entfallen damit 41 Prozent der globalen Militärausgaben, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI berechnet hat. Amerika hat seinen Militär-etat seit den Anschlägen vom 11. September 2001 kontinuierlich erhöht, vor allem, um die Kriege in Afghanistan und im Irak zu bestreiten. Mittlerweile wendet Washington fast 5 Prozent der Wirtschaftsleistung für die Armee und für militärische Interventionen auf. In Deutschland beträgt der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt nur 1,4 Prozent.

## Die Welt schaut amerikanisch

So viele Milliarden Dollar spielten die fünf erfolgreichsten Kinofilme, die alle von US-Firmen produziert wurden, weltweit ein

	Premiere im Jahr
Avatar	2,78
Titanic	2,19
Marvel's The Avengers	1,51
Harry Potter und die Heiligtümer des Todes, Teil II	1,33
Transformers 3	1,12

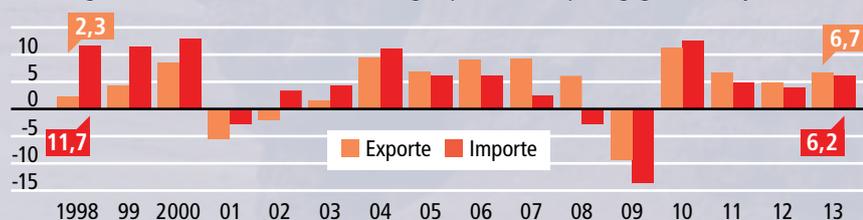
Stand: Oktober 2012  
Quelle: The Internet  
Movie Database

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 43

## Auf und Ab im Außenhandel

Veränderung der realen Waren- und Dienstleistungsexporte und -importe gegenüber Vorjahr in Prozent



2012, 2013: Prognose; Quelle: OECD

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 43

Ob Coca-Cola, iPhones oder Boeing-Flugzeuge: Die Welt liebt amerikanische Produkte. Im Jahr 2010 kletterte der reale Export von Waren und Dienstleistungen um rund 11 Prozent, 2011 nahmen die Ausfuhren immerhin noch um annähernd 7 Prozent zu und summierten sich auf einen Wert von 2,1 Billionen Dollar. Die realen Einfuhren stiegen im Jahr 2011 um knapp 5 Prozent, sodass die USA insgesamt Waren und Dienstleistungen im Wert von fast 2,7 Billionen Dollar einfuhrten. Dies bescherte den Vereinigten Staaten ein Handelsbilanzdefizit von 579 Milliarden Dollar, welches aber von den Rekordhöhen aus der Zeit vor der Finanzkrise immer noch weit entfernt ist – damals überstiegen die Einfuhren die Ausfuhren um mehr als 750 Milliarden Dollar.

Die Einspielergebnisse der weltweit beliebtesten Kassenschlager sind beachtlich, doch das meiste Geld verdienen die amerikanischen Produktionsfirmen längst nicht mehr mit Harry-Potter-Verfilmungen für die Großleinwand, sondern mit Fernsehfilmen und Lizenzen für Serien und Seifenopern. Außerdem gewinnt das Kinopublikum im Ausland zunehmend an Bedeutung, nachdem die Einspielergebnisse in Amerika seit dem Jahr 2000 kaum noch gestiegen sind. Brasilien, Russland und China erleben einen regelrechten Kino-Boom, wobei die Vorliebe für Hollywoodfilme zumindest in der Volksrepublik formal eingeschränkt wird, da dort nur 34 ausländische Produktionen pro Jahr gezeigt werden dürfen. Mittlerweile nehmen die Hollywood-Filmstudios mehr als zwei Drittel ihrer Einnahmen außerhalb Nordamerikas ein.

# Politik zwischen Hü und Hott

**Biotechnologie.** In Deutschland fließt fast jeder vierte staatliche, jedoch nur etwa jeder 50. unternehmerische Forschungseuro in die Biotechnologie. Während der Staat einerseits kräftig fördert, entzieht er der anwendungsorientierten Industrie durch restriktive Vorgaben den Nährboden.

Vor 30 Jahren, im Oktober 1982, wurde mit dem Humaninsulin das erste biopharmazeutisch hergestellte Medikament in Deutschland zugelassen. Dadurch hat sich die Lebensqualität von Millionen von Diabetikern sprunghaft verbessert. Mit diesem Schritt begann hierzulande auch das Zeitalter der modernen Biotechnologie (Kasten).

Allerdings ist die aktuelle Situation der Branche in Deutschland geradezu paradox. Auf der einen Seite investieren die zuständigen staatlichen Stellen in großem Stil in Lehrstühle und Institute und stecken eine Menge Fördergelder in die öffentliche Grundlagenforschung.

**In einem internationalen Vergleich der OECD nahm Deutschland im Jahr 2010 den Spitzenplatz bei der öffentlichen Forschung ein – mit rund 4,6 Milliarden Euro floss hierzulande fast jeder vierte öffentliche Forschungseuro in die Biotechnologie.**

Auf der anderen Seite behindert der Staat mit seinen Regulierungen und Restriktionen jedoch weite Bereiche der anwendungsnahen und kommerziell nutzbaren Biotechnologie. Wissenschaftler klagen über das strenge Gentechnikgesetz und das Gewebegesetz – hier ist speziell die in Deutschland herrschende Ungleichbehandlung von aus Knochenmark, Blut bzw. Nabel-

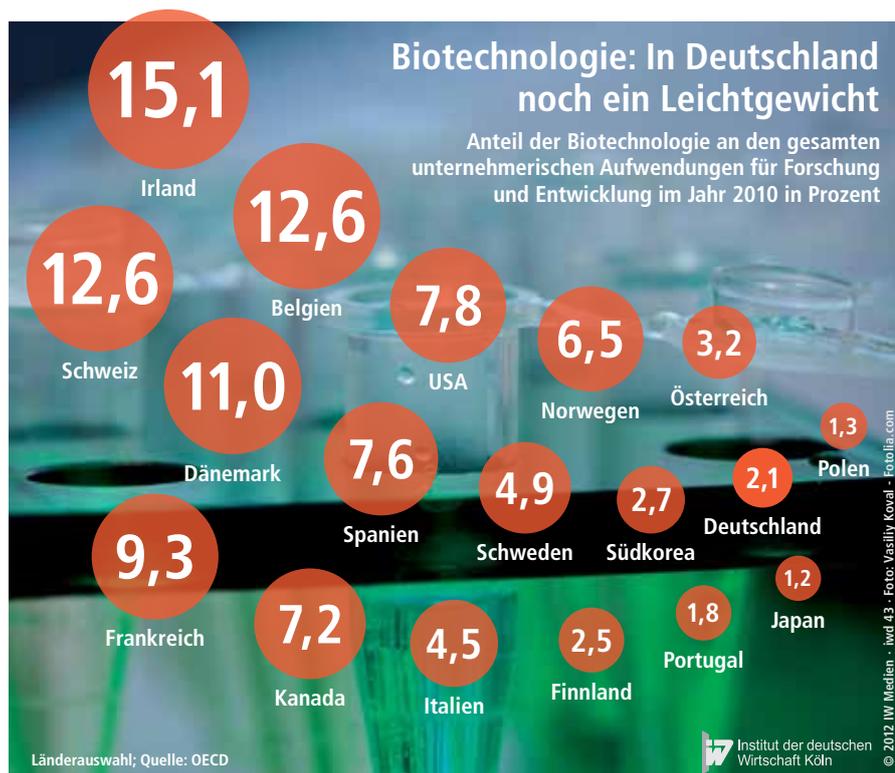
schnurblut gewonnenen Stammzellen problematisch, weil dies die entsprechende Forschung in Deutschland nachhaltig behindert.

Auch die übermäßig zeitintensiven und bürokratischen Genehmigungsverfahren sowie die intransparenten Erstattungsregelungen im Gesundheitswesen machen den Unternehmen das Leben schwer, zumal nahezu die Hälfte der Biotechnologie-Unternehmen hierzulande in der medizinischen Biotechnologie tätig ist. In diesem Bereich müssen sich zudem auch pharmazeutische Firmen immer mehr engagieren, wenn sie international wettbewerbsfähig bleiben wollen. Doch aufgrund der zahlreichen Beschränkungen besteht die Gefahr, dass genau solche Betriebe mitsamt ihren Innovationen ins Ausland abwandern.

Die Folge: In der Bundesrepublik fristet die anwendungsnahe Biotechnologie-Forschung im Vergleich zu anderen Industriestaaten immer noch ein Nischendasein (Grafik):

**Im Jahr 2010 wurden nur 2,1 Prozent aller unternehmerischen Forschungsausgaben in die Biotechnologie investiert, das waren gerade einmal 1,2 Milliarden Euro.**

Dies schlägt sich auch in der Innovationskraft nieder. So kommt Deutschland bei Biotechnologie-Patenten auf einen Weltmarktanteil von 7,3 Prozent (Grafik Seite 7). Das reicht im internationalen Vergleich zwar immer noch für eine Top-Platzierung, allerdings liegen zwischen der Bundesrepublik und dem Biotech-Spitzenreiter USA Welten. Auch der Abstand zum zweitplatzierten Japan ist noch recht groß.



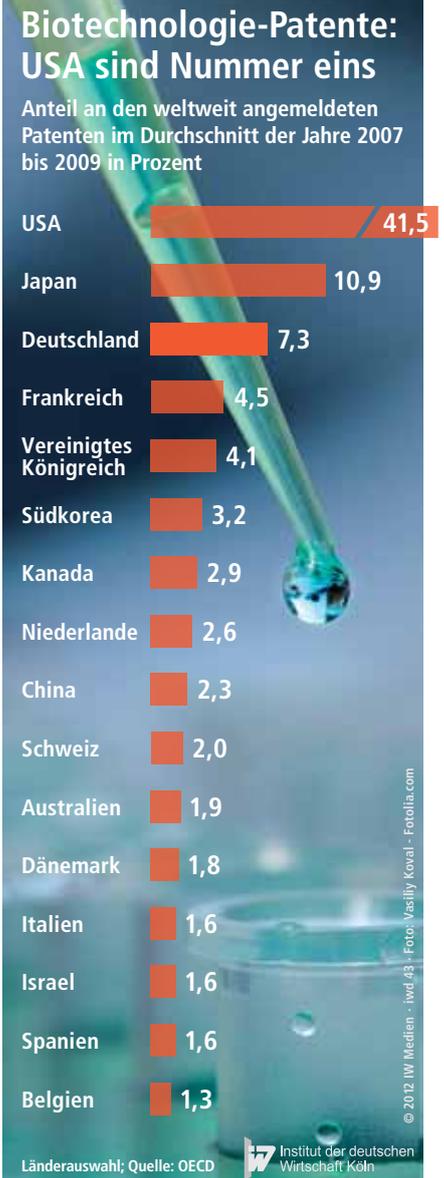
Dabei könnte Deutschland besser abschneiden, schließlich kommt die Bundesrepublik auf alle Patente bezogen auf einen Weltmarktanteil von 11,5 Prozent. Doch um diesen Wert auch im Bereich der Biotechnologie zu erreichen, müsste sich einiges ändern: Die Forschung liegt primär in der Hand öffentlicher Einrichtungen wie Hochschulen. Die haben ihre Schwerpunkte aber eher in der Grundlagenforschung. Das führt dazu, dass sie ihre Forschungsergebnisse lieber in Fachzeitschriften veröffentlichen – eine spätere Anmeldung zum Patent und damit eine gewinnbringende wirtschaftliche Nutzung sind so aber automatisch ausgeschlossen.

Allerdings garantieren selbst deutsche Patente, die aus heimischer Grundlagenforschung hervorgehen, noch keinen wirtschaftlichen Erfolg, wenn nicht eine schlagkräftige Industrie dahintersteht. Das zeigen leidige Beispiele auch jenseits der Biotechnologie, etwa bei der MP3-Technik. In der Bundesrepublik entwickelt und patentiert, bringt sie vor allem amerikanischen und asiatischen Unternehmen jährlich milliardenschwere Gewinne. Denn in Deutschland selbst fehlt eine Unter-

haltungselektronikindustrie, die etwas mit der Technik anfangen könnte. Für die deutschen MP3-Erfinder bleiben lediglich die jährlichen Lizenzeinnahmen – und die machen nur einen Bruchteil der Gewinne von Apple und Co. aus.

Nicht zuletzt zeigt sich das gravierende Missverhältnis zwischen der öffentlichen Förderung der Grundlagenforschung und der staatlichen Blockade der anwendungsorientierten Biotech-Forschung auch bei den Studenten der biologischen Fachrichtungen. Während es rund um die Hochschulen viele umfangreiche Studienmöglichkeiten und (befristete) Jobs für Biologen gibt, sieht es in der Wirtschaft nachher mau aus. Langfristige Beschäftigungsperspektiven in der Biotechnologie sind fast nur im Ausland zu finden.

Die öffentliche Innovations- und Forschungspolitik – allen voran das Bundesbildungs- und -forschungsministerium – muss sich daher allmählich entscheiden: Will der Staat die Biotechnologie als zukunfts-trächtige Industrie nutzbar machen und fördern, muss er die restriktiven Rahmenbedingungen modernisieren. So sollte etwa klar sein, in wel-



## Fakten zur Biotechnologie

Biotechnologische Erfindungen nutzen unter anderem Enzyme, Zellen oder Organismen in technischen Anwendungen, um neue Verfahren zur Herstellung von chemischen Verbindungen, neue medizinische Diagnosemethoden oder Wirkstoffe zu entwickeln.

In der **Pflanzen- bzw. grünen Biotechnologie** betrifft dies vornehmlich die Entwicklung von Nutzpflanzen und -tieren, die zum Beispiel resistent sind gegen Krankheiten und Schädlinge und die mehr Ertrag bringen.

Die **medizinische bzw. rote Biotechnologie** zielt auf Anwendungen in der Diagnostik und der Entwicklung neuer Medikamente ab.

Die **industrielle bzw. weiße Biotechnologie** nutzt biotechnologische Verfahren, in denen nachwachsende Rohstoffe eingesetzt werden, um neue Produkte wie Grund- und Feinchemikalien, Pharmazeutika, Lebensmittelzusätze, Wasch- und Reinigungsmittel, biobasierte Kunststoffe, Textilprodukte und Kosmetikartikel zu erhalten.

chen Fällen welche Zulassungsrichtlinien gelten: Sind beispielsweise medizinische Implantate – wie Beinprothesen – nun Medizinprodukte oder Arzneimittel?

Sind die verantwortlichen Politiker allerdings davon überzeugt, die Biotechnologie bietet für die deutsche Gesellschaft – aus welchen Gründen auch immer – mehr Risiken als Chancen, so sollten sie die immensen öffentlichen Forschungsinvestitionen zusammenstreichen. Denn ohne eine funktionierende und wettbewerbsfähige Biotech-Industrie würde der Staat sonst ein totes Pferd reiten.

# Vorerst nur ein kleines Plus

**Außenhandel.** Die Staatsschuldenkrise im Euroraum macht auch vor Deutschland nicht halt und lässt den Außenhandel schwächeln. Die Auftragseingänge aus dem Ausland deuten vorläufig nicht auf einen neuerlichen starken Exportschub hin.

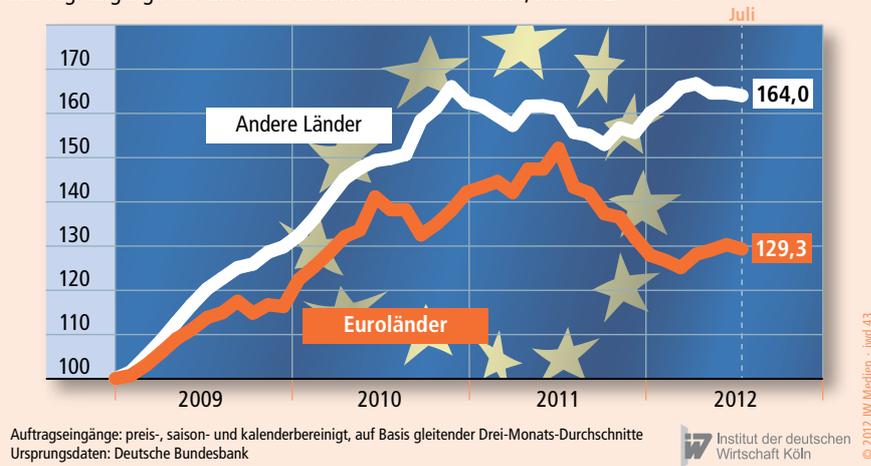
Insgesamt betrachtet kam der Außenhandel zwar bislang recht gut über die Runden: Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum ergibt sich für die ersten sieben Monate dieses Jahres ein Zuwachs der Wareneinfuhren von 5,4 Prozent. Da die Importe gleichzeitig nur um 2,3 Prozent stiegen, konnte der Außenbeitrag deutlich zulegen.

Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass das aktuelle Exportplus in erster Linie den Kunden außerhalb des Euroraums zu verdanken ist.

**Beispielsweise wuchsen die Warenexporte nach Asien in den ersten sieben Monaten 2012 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 10 Prozent, die**

## Euroländer kaufen weniger

Auftragseingänge der deutschen Industrie aus dem Ausland, Februar 2009 = 100



## Ausfuhren in die USA sogar um gut 20 Prozent.

Auch die Lieferungen an jene europäischen Länder, die nicht zum Euroraum gehören, nahmen insgesamt zu. Auf diese Staaten entfallen mittlerweile über 30 Prozent der deutschen Wareneinfuhren.

Dagegen gingen die deutschen Exporte in die Länder des Euroraums von Januar bis Juli 2012 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozent zurück. Die Auftragseingänge der deutschen Industrie aus dem Ausland ließen diese Entwicklung schon erahnen (Grafik):

**Während die Aufträge aus den Ländern außerhalb des Euroraums von Herbst 2011 bis Frühjahr 2012 merklich zulegten, nahmen die Bestellungen aus den Eurostaaten ab.**

Derzeit sieht es so aus, als ob sich die Orders aus dem Euroraum auf niedrigem Niveau stabilisieren. Zugleich kommen aber aus den anderen Ländern nicht mehr so starke Impulse wie zuvor. Die Auftragsentwicklung lässt somit für den deutschen Außenhandel vorerst keine große Dynamik erkennen.

Die Konjunkturforscher gehen davon aus, dass die Weltkonjunktur 2013 wieder etwas an Tempo zulegen wird. Dies wird den deutschen Außenhandel weiter wachsen lassen. Allzu groß dürfte das Plus aber nicht ausfallen – zumal viele Euroländer auf Konsolidierungskurs bleiben und daher die deutsche Exportwirtschaft kaum anschieben können.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

**Redaktionsassistentz:** Angelika Goldenberg

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH,  
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.